

Wander, Hilde

Article — Digitized Version

Zum Problem der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Indonesiens

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wander, Hilde (1961) : Zum Problem der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Indonesiens, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 5, pp. 219-227

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133110>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zum Problem der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Indonesiens

Dr. Hilde Wander, Kiel

Obwohl Europa in Anbetracht der jahrhundertelangen Kolonialherrschaft für diesen Raum ein besonderes Verantwortungsgefühl haben sollte, findet dieses Gebiet bei den Erörterungen der Entwicklungspolitik lange nicht die Beachtung wie andere Entwicklungsbereiche. Zum großen Teil dürfte das in der geographischen, kulturellen und politischen Unfaßbarkeit des Gebietes liegen, das aber gerade wegen seiner geographischen und demographischen Struktur ein typischer Entwicklungsraum ist, der sich aus eigenen Kräften nur sehr schwer oder gar nicht aus dem wirtschaftlichen Rückstand lösen kann. Die Autorin, die kürzlich von einer längeren Studienreise aus Indonesien zurückkehrte, weist uns die Ursachen und Erscheinungsformen der politischen Gegensätze auf und warnt uns davor, politische Begriffe des Westens, wie etwa „rechts“ oder „links“, marxistisch, kommunistisch, nationalistisch und neutralistisch, auf die dort bestehenden Kräfte und Bewegungen anzuwenden. Vorschnelle Urteile über politische Bewegungen und Handlungen sind gerade deshalb gefährlich, weil dieser Raum im Spannungsfeld des west-östlichen Gegensatzes liegt.

WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE INSTABILITÄT ALS KENNZEICHEN DER GEGENWÄRTIGEN SITUATION

Seit Ende 1949, als Indonesien nach jahrelangen Kämpfen gegen die holländische und japanische Vorherrschaft seine politische Selbständigkeit erlangte, haben wirtschaftliche und politische Krisen die junge Republik ständig erschüttert. Nach einem anfänglichen Aufschwung während des Koreabooms blieb die wirtschaftliche Entwicklung im ganzen unbefriedigend. Produktion und Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensgütern entsprachen nicht den wachsenden Bedürfnissen und den von vielen Indonesiern an die politische Freiheit geknüpften Hoffnungen. Anhaltende Produktionsrückgänge und Qualitätsverschlechterungen bei wichtigen Rohstoffen sowie die zunehmende Konzentration der Ausfuhr auf einige wenige Erzeugnisse der Landwirtschaft und des Bergbaus machten die durch die Exportabhängigkeit des Landes bedingte wirtschaftliche Instabilität dann besonders fühlbar, wenn an den internationalen Rohstoffmärkten die Preise sanken. Die gegenüber früher vergrößerte Unsicherheit der für den Wirtschaftsaufbau entscheidenden Exporteinnahmen allein erschwerte eine stetige Planung und Entwicklung. Darüber hinaus wurden alle Anstrengungen, die Industrialisierung des Landes zu intensivieren und die Wirtschaftsbasis zu erweitern, durch die rasche Vermehrung der Bevölkerung beeinträchtigt, deren quantitativ steigender Konsumbedarf den Import wichtiger Kapitalgüter und industrieller Rohstoffe zunehmend einengte. Schon die Aufgabe, die minimalsten Lebensansprüche der Bevölkerung zu sichern, setzte einer Einfuhrkontrolle zugunsten größerer Entwicklungsimporte enge Grenzen. Niedriger Lebensstandard, rasches Bevölkerungswachstum und wirtschaftliche Instabilität sind typische Merkmale aller Entwicklungsländer. Ihre unmittelbaren Auswirkungen sind anderswo zum Teil noch weit krasser als in Indonesien. Was aber in diesem Land die gegenwärtige Situation besonders erschwert, sind die anhal-

tenden innerpolitischen Wirren, die — wie noch zu zeigen sein wird — viele Ursachen und Erscheinungsformen haben, infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jahren jedoch zeitweise als offene Rebellion auftraten.

Hohe finanzielle Belastungen

Die für die Wiederherstellung und Sicherung der inneren Ordnung erforderlichen militärischen Aufwendungen überstiegen die Wirtschaftskraft des Landes bei weitem, abgesehen von den beträchtlichen direkten Verlusten, die der Wirtschaft durch die Unruhen entstanden. Wachsende Defizite im Staatshaushalt, die zur Hauptsache durch Kassenvorschüsse der Zentralbank finanziert wurden, waren die unmittelbare Folge der hohen Verteidigungslast. Dadurch stieg der Geldumlauf rapide und mit ihm die Preise als Korrelat des unzureichenden Warenangebots. Kapitalflucht, Erzeugungsausfälle in den Unruhezentren, insbesondere aber der in wichtigen Exportgebieten zeitweise stark verbreitete illegale Barterhandel, brachten der Wirtschaft zusätzlich Schaden. Die so verursachten Ausfälle im Devisenaufkommen erzwangen zugunsten des steigenden militärischen Bedarfs weitere Einschränkungen in der Einfuhr wirtschaftswichtiger Rohstoffe und Kapitalgüter. Sie hemmten die wirtschaftliche Aktivität und vergrößerten die Inflation. Aus Schätzungen des 1959 aufgelösten Nationalen Planungsbüros in Djakarta¹⁾ läßt sich entnehmen, daß — vornehmlich durch verminderte Industrie- und Plantagenproduktion bedingt — das reale Pro-Kopf-Einkommen von 1957 bis 1958 um 15% sank und damit wieder unter den relativ niedrigen Stand von 1953 zurückfiel. Bis etwa Mitte 1960 setzte sich der Wirtschaftsverfall in schnellem Tempo fort. Seither sind auf manchen Gebieten Anzeichen einer leichten Entspannung erkennbar, deren Tragweite jedoch nicht zu übersehen ist.

¹⁾ Biro Perantjangan Negara: „Laporan Pelaksanaan Rentjana Pembangunan Lima Tahun 1956—1960“, Djakarta, S. 109 ff.

Zunehmende staatliche Eingriffe

Die Bemühungen der Zentralregierung, den verhängnisvollen Zirkel aus wirtschaftlichem Rückgang, politischem Widerstand und weiterem Wirtschaftsverfall zu durchbrechen, waren bisher wenig erfolgreich. Sie drücken sich in einer langen Kette mehr politisch als wirtschaftlich motivierter Vorschriften und Maßnahmen aus, die sich großenteils selbst bedingten. Durch ungenügende Vorbereitung und mangelnde Anpassung an die realen Möglichkeiten vergrößerten sie die Spannungen in mannigfacher Weise und machten immer neue Eingriffe nötig. So blieb der staatliche Einfluß nicht auf die Leitung bestimmter Versorgungsbetriebe, die Verwaltung der ehemals holländischen Unternehmungen und die zunehmende Kontrolle über den Bergbau beschränkt, sondern fand über die Regulierung des Außenhandels, der Rohstoff- und Güterverteilung, des Bankwesens und der Preise Eingang in praktisch alle Bereiche und Phasen des Wirtschaftsgeschehens. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Armee, die als Träger der Revolution bemüht ist, die erkämpfte Freiheit nun durch Überwachung und Steuerung des gesamten öffentlichen Lebens zu sichern. Ein umfangreicher, aufwendiger und äußerst schwerfälliger Verwaltungsapparat entstand, der wenig dazu beitrug, private Initiative und Verantwortung zu fördern und ein solches Klima allgemeinen Vertrauens und Leistungswillens zu erzeugen, das als wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt gilt.

Ein umfassendes, von allen Gruppen getragenes Wirtschaftsprogramm wurde lange verzögert. Zwischenparteiliche Konflikte brachten Unstimmigkeiten in organisatorischen und finanziellen Grundsatzfragen, wie der künftigen wirtschaftlichen und sozialen Organisationsform, der Mitwirkung des Auslands an der Entwicklung u. ä. Interministerielle Kompetenzschwierigkeiten behinderten eine interessenfreie Formulierung und Anerkennung sachlicher und administrativer Prioritäten und erschwerten die Koordinierung und Realisierung der einzelnen Planvorhaben. Ein vom Nationalen Planungsbüro mit Hilfe ausländischer Experten entwickelter Wirtschaftsplan für die Jahre 1956—1960 fand niemals die formelle Billigung des Parlaments.

Die im Sommer 1959 vollzogene Rückkehr zur Revolutionsverfassung von 1945 war die Folge einer sehr verworrenen wirtschaftlichen und politischen Situation. Sie stärkte die Macht des Staatspräsidenten und des von ihm ernannten Kabinetts, begrenzte den Einfluß des Parlaments und der politischen Parteien und ebnete so den Weg für die Verwirklichung der von Präsident Sukarno propagierten „gelenkten Demokratie“ und „gelenkten Wirtschaft“. Die sich hinter diesen beiden Begriffen verbergenden Prinzipien sind oft mit marxistischen Ideologien verwechselt worden. Unklare Formulierung der erstrebten Ziele und durch die Not initiierte Zwangseingriffe in das freie Kräftespiel gaben dazu besonderen Anlaß. Die Motive der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen

in Indonesien sind jedoch so vielschichtig und so tief in der Struktur und Geschichte des Landes und der Mentalität seiner Bevölkerung verwurzelt, daß der unmittelbare Augenschein nur ein verzerrtes Bild der tatsächlichen Zusammenhänge geben kann. Die materiellen und ideologischen Triebkräfte dieser Vorgänge zu kennen und zu berücksichtigen, ist eine wichtige Voraussetzung für eine wirksame, auf gegenseitiges Vertrauen gegründete Entwicklungshilfe. Hier kann jedoch nur auf einige der Fakten hingewiesen werden, die dieses überaus komplexe Geschehen bestimmen.

URSACHEN UND ERSCHEINUNGSFORMEN
DER POLITISCHEN GEGENSATZE

Die noch immer verbreitete Ansicht, die innerpolitischen Wirren in Indonesien seien das Ergebnis der letzten Jahre, wird der Wirklichkeit nicht gerecht. Durch die geographische Zerrissenheit des Landes begünstigt, wurden sie vielmehr Bestandteil einer langen, wechselvollen Geschichte. Prachtvolle Kulturdenkmäler zeugen noch heute vom Aufstieg und Verfall mächtiger Teilreiche, die über die Inseln herrschten, lange bevor die Europäer Besitz davon ergriffen. Nur ein einziges Mal, gegen Ende des 14. Jahrhunderts, war das gesamte Gebiet, das heute Indonesien umfaßt, und zwar einschließlich des noch umstrittenen Teiles von Neuguinea (West-Irian), in einem Königreich, dem Reich von Modjapahit, politisch geeint. Diese überragende organisatorische Leistung erfüllt das indonesische Volk noch heute mit berechtigtem Stolz. Damals entstand das Motto „Bhinneka Tunggal Ika“ (Einheit in Vielfalt), das das Problem der Zusammenfassung der vielen, durch Entwicklung, Kultur, Sprache und Geographie getrennten Volks- und Landesteile ausdrückt. Es findet sich auch im Wappen der neuen Republik als Mahnung, bestehende Gegensätze zu überwinden.

Regionalstruktur

Den Holländern gelang es erst gegen Ende ihrer 350jährigen Kolonialperiode, das gesamte Inselreich politisch zu beherrschen. Bis in dieses Jahrhundert hinein hatten sie gegen heftigen Widerstand der Bevölkerung zu kämpfen, die sich gegen die fremde Unterdrückung und gegen die Ausbeutung durch einzelne ihrer eigenen Stammesfürsten auflehnte, die mit der Kolonialmacht paktierten. Java war die erste der großen Inseln, auf der die Holländer — seit 1830 etwa — ihre Macht festigen konnten. In Sumatra dauerten die Aufstände bis zur Jahrhundertwende, Celebes (Sulawesi) widersetzte sich dem Vordringen der Holländer bis etwa 1910, während Borneo (Kalimantan) seiner Größe und natürlichen Hindernisse wegen faktisch niemals ganz in Besitz genommen wurde. Die politische „Einigung“ Indonesiens unter den Holländern währte somit bestenfalls 30 bis 40 Jahre, und selbst während dieser kurzen Periode fehlte eine zentrale Staatsführung mit einheitlicher Verwaltung und gleichem Recht. Der geographischen Struktur entsprechend, wahrschein-

lich aber auch, um nationale Einigungsbestrebungen abzuwehren, wurde das Land regional verwaltet, wobei die Durchführung der Gesetze und Verordnungen weitgehend einheimischen Statthaltern oblag.

Als Indonesien 1949 selbständig wurde, stellte es somit kein festgefügtes Staatsgebilde dar, dessen Bevölkerung, durch Tradition, Kultur und Recht geeint, gewöhnt war, sich einer zentralen Führung unterzuordnen. Für einige Zeit, vor allem während der vierziger Jahre, war der gemeinsame Kampf gegen die Fremdherrschaft der Holländer und Japaner das einigende Moment. Nachdem aber die politische Selbständigkeit errungen war und die Hoffnungen auf einen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung unerfüllt blieben, schoben sich die regionalen Interessen wieder in den Vordergrund.

Vorschläge, dem Land eine bundesstaatliche Verfassung zu geben, konnten sich nicht durchsetzen. Die Erfahrungen mit dem von den Kolonialherren praktizierten Prinzip des „Teile und Herrsche“ riefen Mißtrauen gegen jede Art von föderativer Staatsführung hervor. Statt den strukturellen Erfordernissen des Landes nachzugeben, wurde die Macht der Zentralregierung in Djakarta ständig erweitert. Es ist bezeichnend, daß das vor allem den Widerstand der Gebiete schürte, die sich einst gegen die holländische Fremdmacht am aktivsten auflehnten. Auf dem Hintergrund vieler regional gewachsener Vorstellungen und Zielsetzungen vollzieht sich nun vor allem ein Kampf gegen die „Vorherrschaft“ Javas, der außer politischen und emotionalen Motiven auch sehr realen wirtschaftlichen und sozialen Impulsen folgt.

Vielzahl von Fronten und Konzeptionen

Wenn über diese Auseinandersetzungen verhältnismäßig wenig nach außen dringt, so deshalb, weil man die Anwendung militärischer Mittel weitgehend vermeidet (was jedoch hohe Kosten für eine ständige militärische Bereitschaftsarmee nicht ausschließt). Das mag angesichts der zahlenmäßig geringen und in ihrer Zielsetzung gespaltenen aktiven Rebellengruppen überraschen. In Wirklichkeit offenbart sich aber gerade darin die Schwere des Problems. Die Konflikte, die die innerpolitische Situation belasten, drücken sich nicht in klaren Fronten und Konzeptionen aus, sondern in einer Vielzahl historisch und wesensbedingter Gegensätze, die sich durch alle Bevölkerungskreise ziehen und mit militärischen Mitteln nicht zu überwinden sind. Im Gegenteil, rigoroses Durchgreifen gegen die teils politisch, teils sozial und teils religiös bestimmten Rebellionen würde nur die Erbitterung vieler Regierungsanhänger hervorrufen und die Widerstandsgruppen eher stärken als schwächen.

Der die Sicherheit in West-Java gefährdende Dar-ul-Islam basiert vor allem auf religiösem Fanatismus. Ihn mit Waffen zu bekämpfen, scheidet einmal an der Ablehnung durch überzeugte Moslemgruppen, die in verschiedenen politischen Parteien stark vertreten sind, und zum anderen an den Bedenken, die seitens

militärischer Kreise gegen eine stärkere Bewaffnung der kommunistisch durchgesetzten Dorfwehren erhoben werden. Ähnliches gilt für den Kampf gegen die zumeist anti-kommunistisch und pro-westlich eingestellten Rebellengruppen in Sumatra und Celebes, deren wirtschaftspolitische Ziele mit denen vieler Regierungsanhänger weitgehend übereinstimmen. Hinzu kommt, daß die Wesensart der Indonesier einen gütlichen Ausgleich von Konflikten gewaltsamen Methoden vorzieht. Außerdem befürchten alle beteiligten Gruppen, daß offener Kampf die Intervention des Auslands auslösen und die gemeinsam errungene Freiheit gefährden könne. Bei aller Uneinigkeit in den internen Bestrebungen bleibt die Sicherung der politischen Selbständigkeit das alles überragende gemeinsame Ziel.

Meinungsgegensätze der Parteien

Das Wesen der Gegensätze kommt in einer Vielzahl von politischen Parteien und Interessengruppen zum Ausdruck, deren Forderungen sich mannigfach überdecken und üblichen Begriffskategorien schwer einfügen. Solche globalen Beziehungen wie „rechts“ und „links“ oder „marxistisch“, „nationalistisch“ und „kapitalistisch“ sind eher geeignet, Gemeinsamkeiten als Unterschiede in den programmatischen Zielen der indonesischen Parteien darzustellen. Wenn nach westlicher Maxime nationalistische Bestrebungen mit „rechts“ identifiziert werden, sind alle Parteien mit Ausnahme der kommunistischen dem rechten Lager zuzuordnen; wenn dagegen die mit Sozialismus, Antikapitalismus und Kollektivismus bezeichneten Forderungen mit „links“ gleichgesetzt werden, so ist links das allen Parteien gemeinsame Charakteristikum.

Die wirklichen Unterschiede prägen sich vielmehr in abweichenden und zum Teil unklaren Interpretationen dieser Begriffe. „Nationalismus“ und „Neutralismus“ können sich mit pro-westlicher oder pro-östlicher Hineigung verbinden, können aber auch schroffe Ablehnung jeglichen ausländischen Einflusses auf Wirtschaft und Kultur bedeuten. „Sozialismus“ kann als krasser Antikapitalismus verstanden sein, kann aber auch die Förderung bestimmter sozialer Ziele mit privatwirtschaftlichen Mitteln beinhalten. Die kürzlich verfügte Genehmigungspflicht für politische Parteien, ihre zahlenmäßige Begrenzung und Bindung an die von der Regierung propagierten Ideologien haben an dem faktischen Fortbestand der vielen Meinungsgegensätze wenig geändert.

Noch unklarer ist die Stellung der Parteien zur Frage der wirtschaftlichen Entwicklung. Die meisten Programme beschränken sich auf vage Verallgemeinerungen, wie „soziale Gerechtigkeit“ und „bessere Verteilung des Produktionsergebnisses“. Die Idee, daß hinreichendes Wirtschaftswachstum die Voraussetzung besserer Lebensbedingungen ist, findet nur zögernd Eingang. Alle Parteien bekennen sich zur Verfassung, die einen kooperativen Aufbau der Wirtschaft und staatliche Kontrolle der lebenswichtigen Produktions-

zweige verlangt. Wie dieses Ziel aber verwirklicht werden soll, ist Gegenstand weiterer Meinungsverschiedenheiten zwischen und innerhalb der Parteien.

Dabei spielt auch die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ausland eine Rolle. Eine Gruppe fortschrittlicher, zumeist in Europa oder Amerika ausgebildeter Offiziere und Akademiker verschiedener Parteizugehörigkeit wünscht rasche wirtschaftliche Entwicklung mit westlicher Hilfe, über deren Umfang und Form die Ansichten jedoch abweichen. Eine andere Gruppe, die sich aus extremen Nationalisten und Kommunisten zusammensetzt, möchte dagegen zuerst die Revolution beenden und fremden, vornehmlich westlichen Einfluß aus Wirtschaft und Kultur fernhalten.

Dieser Bruch der Meinungen zieht sich quer durch alle Parteien und Interessengruppen. Er belastet das Verhältnis zwischen Regierung und Streitkräften und charakterisiert vor allem die Spannungen zwischen Java und den Außengebieten.

In Java hat der Kommunismus mehr Anhänger als auf den übrigen Inseln. Trotzdem sollte sein Einfluß nicht überbewertet werden. Die Tatsache, daß die extremen Nationalisten, zu denen auch Präsident Sukarno gehört, in Fragen der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit dem Ausland oft eine ähnliche Haltung wie die Kommunisten einnehmen, gibt den Anschein stärkerer kommunistischer Infiltration, als sie der Wirklichkeit entspricht. Dieses Zusammengehen erklärt sich zum Teil daraus, daß durch die ungünstigen Erfahrungen während der Kolonialperiode und des Unabhängigkeitskampfes westlicher Einfluß noch häufig mit Imperialismus, Materialismus und Ausbeutung gleichgesetzt wird, die Gefahren des Kommunismus — da unbekannt — aber weithin unterbewertet werden.

Das Prinzip des „gotong-rojong“

Was oft als Hinneigung zum Kommunismus gedeutet wird, drückt weit mehr das Bestreben aus, eigene Wege des wirtschaftlichen und sozialen Aufbaus zu suchen. Die mit „gelenkte Demokratie“ und „indonesischer Nationalismus“ bezeichneten Ziele sind nicht der marxistischen Ideologie entlehnt, sondern greifen auf die traditionellen Prinzipien des „gotong-rojong“ und des „mufakat“ der dörflichen Verwaltung zurück. Sie fordern die gegenseitige Hilfe und Mitwirkung aller Dorfbewohner an gemeinsamen Aufgaben auf der Basis von Beschlüssen, die die Meinung aller und nicht nur einer Mehrheit ausdrücken.

Das Problem beruht jedoch darin, daß sich Formen der dörflichen Zusammenarbeit schwer auf die Regierungsebene übertragen lassen. Der bis vor kurzem praktizierte Grundsatz, allen politischen Meinungen Geltung zu geben und Vertreter möglichst vieler politischer Parteien in das Kabinett aufzunehmen, ließ sich hier mit dem Ziel, einstimmige Beschlüsse zu erreichen, selten vereinen. Vor allem war es unmöglich, so grundsätzliche und weitreichende Entscheidungen durchzusetzen, wie sie der wirtschaftliche Aufbau verlangt.

Die Rückkehr zur Revolutionsverfassung von 1945 und die darauf aufbauende Umbildung der Staatsorgane sollen diesen Schwierigkeiten Rechnung tragen. Die stark erweiterten Befugnisse des Präsidenten, der nun zugleich Ministerpräsident, Chef der Exekutive und Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist, sollen die formelle Voraussetzung für raschere, wirksamere und koordiniertere Beschlüsse geben. Der politische Einfluß der Parteien auf die Regierung und auf die öffentliche Meinung wurde stark zurückgedrängt. Presse und politische Propaganda unterliegen der Zensur und haben die von der Regierung verfolgten Ziele zu vertreten. Mitglieder des Kabinetts sowie hohe Staatsbeamte dürfen keiner politischen Partei mehr angehören, und innerhalb des Parlaments ist mehr als die Hälfte der Sitze Abgeordneten funktioneller Gruppen der Bevölkerung und der Armee vorbehalten. Gemäß dem „gotong-rojong“-Prinzip wird im Parlament nicht mehr abgestimmt. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet der Präsident, der dabei die dargelegten Argumente der Abgeordneten zu berücksichtigen hat.

Diese Art der parlamentarischen Tätigkeit sollte aber nicht mit Unterdrückung der individuellen Meinung gleichgesetzt werden. Sie deckt sich durchaus mit den Vorstellungen und Erwartungen, die viele Indonesier mit staatlicher Initiative und Verantwortung verbinden. Solange noch die soziologischen Gegebenheiten eine „echte“ Meinungsbildung bei der Masse der Bevölkerung ausschließen, birgt eine unkontrollierte Aktivität der politischen Parteien in Indonesien weit größere Gefahren für die individuelle Meinungsfreiheit als die gegenwärtige quasi-totalitäre Form der „gelenkten Demokratie“. Zweifellos wird es auch in Zukunft viele Spannungen und Fehlentwicklungen geben. Sie sollten aber weniger vom Prinzip als von den faktischen Hemmungen her beurteilt werden.

DEMOGRAPHISCHE UND ÖKONOMISCHE REGIONALPROBLEME

Zu diesen Hemmungen gehören vor allem auch die Unterschiede im Bevölkerungs- und Wirtschaftsaufbau zwischen Java und den Außengebieten, die den politischen Gegensätzen in Ursache und Wirkung eng verbunden sind. Ihre Problematik entspringt der Tatsache, daß Javas politisches Gewicht vornehmlich von seiner demographischen, weit weniger aber von seiner wirtschaftlichen Stärke bestimmt wird. Mit nunmehr 450 Menschen pro qkm gehört Java zu den meistbevölkerten Agrargebieten der Erde.

Fläche und Bevölkerung der wichtigsten Inseln Indonesiens 1958

Gebiet	Fläche		Bevölkerung		Einwohner je qkm
	in 1000 qkm	in %	in Mill.	in %	
Java und Madura	132	8,9	57,6	64,8	435
Außengebiete	1 359	91,1	31,3	35,2	23
davon:					
Sumatra	474	31,7	14,3	16,1	30
Borneo	539	36,2	3,8	4,3	7
Celebes	189	12,7	6,6	7,4	35
übrige Inseln	157	10,5	6,6	7,4	42
Indonesien	1 491	100,0	88,9	100,0	60

Quelle: Statistical Pocketbook of Indonesia 1959, Djakarta, S. 12.

Demographisches Übergewicht Javas

Javas demographisches Übergewicht hat mehrere Ursachen. Es erklärt sich zunächst aus den sehr günstigen natürlichen Bedingungen, die hier von jeher eine intensivere Landwirtschaft und damit auch höhere Bevölkerungsdichten als auf den meisten der übrigen Inseln gestatteten. Fruchtbarer Vulkanboden und Wasserreichtum sind die Grundlagen eines ausgedehnten Irrigationssystems, das in vielen Teilen Javas zwei bis drei Ernten im Jahr ermöglicht. In den Außengebieten ist dagegen extensive Wechselwirtschaft — oft als primitive Waldbrandwirtschaft betrieben — das vorherrschende Anbausystem der bäuerlichen Landwirtschaft.

Ein weiterer Grund liegt in der politischen und sozialen Entwicklung Javas, die hier bereits seit dem Beginn des vergangenen Jahrhunderts rasches Bevölkerungswachstum begünstigte und damit den demographischen Vorsprung vor den übrigen Gebieten bedingte. Ein für damalige Verhältnisse fortschrittlicher Gesundheitsdienst, verbesserter Agrarschutz und relativ stabile politische Verhältnisse senkten in Java die Sterblichkeit so nachhaltig, daß sich die Bevölkerung zwischen 1800 und 1900 etwa dreimal verdoppelte. Um die Jahrhundertwende lebten auf Java bereits 29 Mill. Menschen — das sind 218 Personen pro qkm — gegenüber nur 7 Mill. in den übrigen Landesteilen.

Trotz der raschen Bevölkerungsvermehrung, die sich mit kurzen Unterbrechungen während der Kriegsjahre bis in die Gegenwart fortsetzte, blieb Javas Wirtschaftsstruktur nahezu unverändert. Bei den geringen Möglichkeiten, die landwirtschaftliche Nutzfläche zu vergrößern, verschlechterten sich die Arbeits- und Einkommensverhältnisse der zu etwa 80% von der Landwirtschaft lebenden Bevölkerung immer mehr. Schon 1920 waren 55% der Gesamtfläche Javas vom bäuerlichen Landbau eingenommen. Seither hat sich der Anteil auf mehr als 63% erhöht; aber trotzdem sank das pro Kopf verfügbare Nutzareal von 0,20 auf 0,14 ha. Da die Flächenerträge kaum stiegen, wuchs der Bedarf an Nahrungsimporten ständig. Während Java vor dem Kriege bei höherer Pro-Kopf-Versorgung noch beträchtliche Mengen seiner Nahrungsproduktion an die Außengebiete abgab oder ins Ausland exportierte, ist es seit Jahren zunehmend auf Reiseinfuhren angewiesen.

Die holländische Kolonialpolitik hat es versäumt, die wirtschaftliche Entwicklung Javas der Bevölkerungsentwicklung anzupassen. Ihr Interesse galt vornehmlich der Produktion und Ausfuhr von Rohstoffen, nicht dagegen der industriellen Verarbeitung. Dadurch fehlte es an genügend Beschäftigungsmöglichkeiten, um den natürlichen Bevölkerungszuwachs zu absorbieren, vor allem aber auch an solchen Voraussetzungen, die einen Wandel in der Arbeitsgesinnung, den sozialen Zielen, den Lebensansprüchen und schließlich auch im generativen Verhalten bedingen. Statt dessen drängte sich die einheimische Bevölkerung immer enger in ihren traditionsgebundenen, sozial wenig differenzierten Dorfgemeinschaften zusammen. Besonders dort, wo

irrigierter Reisanbau die Zusammenarbeit aller Dorfbewohner erfordert, fand individuelles Leistungsstreben wenig Raum.

Mangel an Eigeninitiative, Vertrauen auf die Gemeinschaft anstatt auf die eigene Fähigkeit, fehlender Unternehmungsgeist und geringe Risikobereitschaft sind Eigenschaften, die sich in den ländlichen Ballungsgebieten am stärksten prägten. Die enge Bindung an die Dorfgemeinschaft behinderte auch die Abwanderung in die Außengebiete und eine bessere regionale Bevölkerungsverteilung.

Probleme der Umsiedlung

Heute läßt sich das javanische Bevölkerungsproblem durch Umsiedeln allein nicht mehr lösen. Um nur den Geburtenüberschuß zu kompensieren, müßten jährlich 1 Mill. Menschen die Insel verlassen. Solche Massen übersteigen die gegenwärtige Absorptionskraft der Außengebiete bei weitem, deren eigene Bevölkerung gleichfalls rasch zunimmt. Wo der Boden fruchtbar und irrigiert ist, sind auch hier die Bevölkerungsdichten kaum geringer als in Java. Zwar fehlt es nicht an Bodenreserven, doch würde eine unkontrollierte Besiedlung die Waldbrandwirtschaft in unerwünschter Weise ausdehnen und mit der Verminderung der Edelh Holzbestände zu untragbaren Verlusten an Volksvermögen führen.

Anteil von landwirtschaftlicher Nutzfläche und Wald an der gesamten Landfläche der wichtigsten Inseln Indonesiens 1957/58

(in %)

Gebiet	Landwirtschaftliche Nutzfläche ohne Plantagen	Plantagen	Wald
Java und Madura	63,1	4,7	22,1
Außengebiete	6,0	0,9	64,2
davon:			
Sumatra	6,7	2,4	60,0
Borneo	2,3	0,06	76,9
Celebes	9,2	0,11	52,4
übrige Inseln	12,6	0,13	47,6
Indonesien	11,1	1,2	60,5

Berechnet nach: Statistical Pocketbook of Indonesia 1959, passim und FAO, Production Yearbook, Rom, Vol. 13 (1959), S. 5.

Die Umsiedlung von Javanern in die Außengebiete, die bereits seit etlichen Jahrzehnten mit bisher nur ungenügendem Ergebnis staatlich gefördert wird, muß sich dem Tempo und den finanziellen Möglichkeiten der Erschließung neuen Kulturbodens anpassen, wobei auch die wachsenden Bedürfnisse der ansässigen Bevölkerung zu berücksichtigen sind. Soll sie erfolgreich sein, so müssen mit umfangreichen und aufwendigen Rodungs-, Bewässerungs- und Entwässerungsvorhaben Maßnahmen einhergehen, die eine ertragreichere Bodennutzung garantieren. Intensive Schulungs- und Beratungsarbeit ist nötig, um moderne Anbaumethoden, bessere Saatwahl und den Gebrauch künstlichen Düngers zu verbreiten und die bisher nur der eigenen Bedarfsbefriedigung dienende Wirtschaftsweise der Siedler stärker auf die Marktproduktion auszurichten. Eine solche Entwicklung, die einen grundlegenden Wandel in der Wirtschaftsgesinnung ver-

langt, braucht Zeit. Sie kann nur im Rahmen des wirtschaftlichen Gesamtwachstums und des Ausbaus aufnahmefähiger Märkte und eines leistungsfähigen Verteilerapparates fortschreiten.

Javas Bevölkerungsproblem wird sich in erster Linie durch beschleunigte Industrialisierung mildern lassen. Dadurch wird zwar nicht die physische Bevölkerungsdichte verringert, aber es wird die Voraussetzung geschaffen für zunehmende Einkommensmöglichkeiten und eine der Bevölkerungskonzentration gemäße Wirtschafts- und Sozialstruktur. Innerhalb eines solchen Umschichtungsprozesses käme dann auch der inter-insularen Wanderung eine wichtige Funktion zu, die sich allerdings weniger in der Zahl der Transmigranten als in deren Leistung als Nahrungsmittel- und Rohstoffproduzenten und Abnehmer industrieller Erzeugnisse auszudrücken hätte.

Interregionale Verflechtung und Handelsbeziehungen

Von der Bevölkerung her gesehen, muß jede Wirtschaftsplanung der Entwicklung Javas besondere Beachtung widmen. Dabei ergibt sich jedoch die Schwierigkeit, daß das dafür notwendige Kapital größtenteils aus den Außengebieten und im besonderen Maße aus Sumatra fließen muß, deren Bevölkerung sich einer „Bevorzugung“ Javas jedoch widersetzt. Die in der folgenden Übersicht dargestellten Unterschiede im Importbedarf und in der Exportleistung der verschiedenen Landesteile weisen auf den wirtschaftlichen Kern der regionalen Gegensätze in Indonesien hin.

Anteil der einzelnen Landesteile an der wertmäßigen Ein- und Ausfuhr Indonesiens (in %)

Gebiet	Import			Export			Bevölkerung
	1938	1956	1958	1938	1956	1958	
Java	65,3	71,2	67,3	32,2	16,5	13,7	64,8
Sumatra	25,3	21,4	28,5	48,5	67,9	73,5	16,1
Borneo	5,0	5,4	2,9	13,8	12,9	10,8	4,3
übrige Inseln	4,4	2,0	1,3	5,5	2,7	2,0	14,8
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistical Pocketbook of Indonesia 1959, a. a. O., S. 111, 113.

Allerdings werden die in der Tabelle angegebenen Einfuhr- und Ausfuhranteile der einzelnen Gebiete erheblich modifiziert, wenn man den inter-insularen Handel mit einbezieht. Ein solches Verfahren ist notwendig, um den gesamten Zuschußbedarf und die gesamte Exportleistung der verschiedenen Landesteile zu vergleichen und vor allem auch, um die zwischen-gebietliche Verteilung solcher Produkte zu berücksichtigen, deren Erzeugung auf Auslandsimporten basiert. So gesehen stammten z. B. 1958 aus Java 49 % aller Exporte, aus Sumatra aber nur 41 % und aus Borneo 6 %. Andererseits beanspruchte Java nur 37 % aller Importe, Sumatra dagegen 40 % und Borneo 11 %. An der Bevölkerung gemessen, war Javas Handelstätigkeit vergleichsweise sehr gering. Im Durchschnitt der Jahre 1955/58 war der wertmäßige Export je Kopf in Sumatra schätzungsweise viermal und in Borneo dreimal so

groß wie in Java, wobei in den Außengebieten das Schwergewicht im ausländischen, in Java dagegen im inländischen Handelsverkehr lag. Zwar waren auch Sumatras und Borneos Einfuhren je Kopf dem Werte nach etwa viermal so groß wie die Javas. Während aber die Importe der Außengebiete zu rund 80 % dem inter-insularen Austausch entstammen, war Java zu etwa 70 % von Auslandseinfuhren und damit von Devisenzuschüssen der übrigen Landesteile abhängig.

Regionale Unterschiede im wertmäßigen Import und Export Indonesiens je Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt der Jahre 1955/58

(Landesdurchschnitt = 100)

Gebiet	Import			Export		
	aus dem Ausland	aus anderen Landesteil.	Ins-ges.	nach d. Ausland	nach d. Landest.	Ins-gesamt
Java	106	34	64	23	107	66
Sumatra	150	292	233	436	115	272
Borneo	123	356	260	300	91	193
übrige Inseln	14	125	79	22	55	39

Berechnet nach: Statistical Pocketbook of Indonesia, a. a. O., Jg. 1957 ff.

Die vor allem in Sumatra verbreitete Ansicht, zu Ungunsten der eigenen Wirtschaftsentwicklung zuviel zu Javas Versorgung beitragen zu müssen, mag die inter-regionalen Verflechtungen und Austauschbeziehungen unterbewerten. Sie ist dennoch Ursache ständiger Unzufriedenheit, die durch grundlegende Gegensätze im Wirtschaftsverhalten und in den Fortschrittserwartungen zusätzlich gestärkt wird. Sumatras Wirtschaftskraft beruht vor allem auf seiner Plantagenwirtschaft und seinem Reichtum an Erdöl, Zinn und anderen Bodenschätzen. Seine dem Weltmarkt zugewandte Erzeugung bedingt moderne Produktionsmethoden, rationelle Organisationsformen und marktkonformes, gewinnorientiertes Wirtschaftsverhalten.

In Java dagegen bestimmen die in der bäuerlichen Kleinlandwirtschaft geprägten Prinzipien der Bedarfsbefriedigung und der sozialen Verantwortung für die Gemeinschaft auch in weiten Teilen des nichtagraren Bereichs Wirtschaftsgesinnung, Erwerbsverhalten und Produktionsweisen. Mangelnder Wagemut, mangelndes Fortschritts- und Leistungsbewußtsein und mangelnde Entscheidungsbereitschaft kontrastieren hier mit der größeren Aktivität, Zielstrebigkeit und der individualistischen, rationelleren Denk- und Handlungsweise vieler nicht-javanischer Wirtschaftsführer und schüren deren Widerspruch. Sie hemmen die Wirtschaftsentwicklung, beeinträchtigen Javas gesamtwirtschaftlichen Beitrag und festigen so die materiellen und ideologischen Gegensätze zu den Außengebieten.

Einseitige Exportstruktur

Javas einst sehr ertragreiche Plantagenproduktion hat durch Kriegsverwüstungen, den wachsenden Bodenbedarf für Nahrungskulturen sowie durch unsachgemäße Betriebsführung, vernachlässigte Pflege und Raubbau sehr an Bedeutung verloren. Eine Reihe vor dem Krieg vornehmlich in Java erzeugter Produkte, wie Zucker, Kaffee, Tee, Kakao u. ä., spielt heute im

Außenhandel nur noch eine untergeordnete Rolle. Von einer Vielzahl tropischer Erzeugnisse konnte nur Naturkautschuk seine Stellung am Weltmarkt behaupten und ausdehnen. Sein wertmäßiger Anteil am indonesischen Gesamtexport erhöhte sich von etwa 25 % in der Vorkriegszeit auf rund 40 % in den letzten Jahren. Zu dieser Entwicklung haben jedoch vornehmlich die Kleinplanzer beigetragen, die sich besonders in den Außengebieten konzentrieren. Unter dem Einfluß einer günstigen Preisentwicklung erreichte ihre Produktion 1959 die dreifache Höhe von 1938. Ihr Anteil am Kautschukexport stieg in der gleichen Zeit von etwa zwei Fünftel auf zwei Drittel. Die Leistung der Kautschukplantagen sank dagegen seit 1954 ununterbrochen und lag 1959 nur noch um 29 % über dem Niveau von 1938. Diese Entwicklung schwächte nicht nur Javas Stellung als Exporteur, sondern vergrößerte die aus der starken Abhängigkeit von der Kautschukausfuhr resultierende gesamtwirtschaftliche Instabilität in doppelter Weise. Sie birgt einmal infolge der geringeren Konkurrenzfähigkeit der Kleinplanzererzeugnisse bei sinkenden Preisen die Gefahr überproportionaler Rückgänge im Exporteinkommen. Zum anderen gefährdet sie die künftige Export- und Einkommenssituation, da die besondere Kostenstruktur der Kleinplantagen bei steigenden Preisen leicht zu übertriebener Produktionsausweitung verleitet.

Neben Kautschuk stärkten vor allem Erdöl und Erdöl-erzeugnisse die Ausfuhrposition der Außengebiete und insbesondere Sumatras. Die Erdölproduktion war 1959 um 146 % höher als 1938, und die Exportmenge übertraf den Vorkriegsstand trotz gestiegenen Eigenkonsums noch um 74 %. Aus Kautschuk und Erdöl stammen nunmehr 70—80 % der Exporteinkünfte gegenüber weniger als 50 % in den dreißiger Jahren.

Dabei ist zu bedenken, daß die Erdölförderung noch zu mehr als 90 % in ausländischen Händen liegt und die Erträge der indonesischen Wirtschaft bisher nur in geringem Umfang zur Verfügung standen. Durch das kürzlich verabschiedete Bergbaugesetz wird deshalb die Tätigkeit ausländischer Unternehmungen zugunsten einer stärkeren indonesischen Beteiligung an der Ausbeutung und Entwicklung der Erdölvorkommen künftig eingeschränkt werden. Bei grundsätzlicher Billigung dieser Politik erweckt das damit verbundene Vordringen staatlicher Bürokratie in den Bergbau — wie schon zuvor in Teile der Plantagenwirtschaft — das Mißfallen vieler Sumatraner. Sie befürchten sinkende Leistung, unökonomische Verwendung des Produktionsergebnisses und eine zu geringe Berücksichtigung ihrer lokalen Wirtschaftsinteressen.

Differenzierter Einfuhrbedarf

Der einseitigen, regional fixierten und äußerst labilen Exportstruktur steht ein sehr differenzierter Einfuhrbedarf an ausländischen Verbrauchsgütern, Rohstoffen und Kapitalgütern gegenüber, die zur Hauptsache in Java benötigt werden. Während die einzelnen Gebiete an den Nahrungsmittel- und Fertigwarenimporten etwa

im Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl partizipieren, kommen die Rohstoff- und Kapitalgütereinfuhren vor allem Java zugute, wo sich mehr als 80 % aller Industriebetriebe Indonesiens befinden.

Bei dieser Verteilung mußten die Importbeschränkungen der letzten Jahre, die mit Rücksicht auf den quantitativ hohen Konsumbedarf und die steigenden militärischen Ansprüche vor allem wirtschaftswichtige Rohstoffe und Kapitalgüter betrafen, Javas Industrie und damit den inter-regionalen Austausch besonders belasten. In dem seit 1956 rückläufigen Anteil Javas am Auslandsimport drückt sich vor allem eine wachsende Fehlversorgung mit industriellen Rohstoffen, Ausrüstungsgegenständen und Ersatzteilen aus, die nicht nur die Errichtung neuer Industriebetriebe behinderte, sondern die bereits vorhandene Produktionskapazität zeitweise in hohem Grade ungenutzt ließ. Vor allem litt die Textilindustrie, die mehr als ein Viertel aller Betriebe umfaßt und sich fast ausschließlich auf Java konzentriert, unter Produktionsstockungen. Dadurch verminderte sich Javas Beitrag zur Versorgung der Außengebiete mit Industrieerzeugnissen, was weiteren Anlaß zu regionalen Spannungen gab.

WIRTSCHAFTSPLANUNG UND PROBLEME IHRER REALISIERUNG

Hinter dem Bemühen, zuerst die innerpolitischen Zwistigkeiten zu überwinden, trat der wirtschaftliche Aufbau in Indonesien lange Zeit zurück. Anstatt ein wachsendes Sozialprodukt zu erstreben, trachtete man in erster Linie danach, es umzuverteilen. Es ist zwar richtig, daß finanzielles Gleichgewicht und wirtschaftliches Wachstum kaum denkbar sind, wenn nicht die Ursachen der hohen Verteidigungslast, die in den letzten Jahren nahezu die Hälfte der Staatsausgaben ausmachte, beseitigt werden. Andererseits setzt aber gerade die politische Befriedung des Landes Maßnahmen voraus, die wirtschaftlichen Aufstieg und steigenden Wohlstand garantieren.

Der Achtjahresplan

Der im August 1960 verkündete Achtjahresplan, der die Periode 1961—1968 umschließt, deutet an, daß man sich der wechselseitigen Bedingtheit wirtschaftlicher und politischer Stabilität nunmehr bewußt wird. Das acht Hauptabteilungen umfassende Werk, das unter Mitwirkung zahlreicher Vertreter verschiedener Interessenrichtungen innerhalb nur eines Jahres entstand, zeigt, wie sehr man sich bemüht, die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben und mit den sozialen und politischen Bestrebungen in Einklang zu bringen. Der Vorrang, den die Planung erhielt, sowie die Hingabe aller Beteiligten an die gemeinsame Aufgabe lassen künftig auf eine ungehemmtere und zielbewußtere Wirtschaftspolitik hoffen, die bereit ist, Fehler der Vergangenheit zu vermeiden und zuvor gehütete Konzeptionen den Notwendigkeiten anzupassen.

Das Programm erstrebt in etwa 350 Einzelprojekten (a) eine grundlegende Verbesserung der Ernährung

und Bekleidung der Bevölkerung, (b) den Aufbau einer Grundindustrie als Kern der Industrialisierung und Motor des wirtschaftlichen Strukturwandels und (c) den Ausbau des Transportwesens und des Verteilungsapparats. Die gleichzeitig vorgesehene Förderung des Erziehungswesens, der technischen Ausbildung, der Forschung und der Volksgesundheit beweist, daß der menschlichen Leistung entscheidende Bedeutung für die wirtschaftliche und politische Neuordnung beigegeben wird.

Planziele und Finanzierung

Das Ende der Planperiode soll ein um 75 Mrd. Rp höheres Sozialprodukt erbringen, das für 1960 auf 206 Mrd. Rp geschätzt wurde. Diesem Zuwachs entspricht, bei einer angenommenen Bevölkerungsvermehrung von 2,5% je Jahr, ein jährlich um durchschnittlich 1,6% steigendes Pro-Kopf-Einkommen. Damit wird zwar das Ziel des ersten Fünfjahresplans übertroffen, der nur mit einer Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens von 1,3% je Jahr rechnete. Andererseits muß aber die niedrigere Ausgangsbasis berücksichtigt werden, die heute größere Anstrengungen als 1955 erfordert. Nach vorhandenen Unterlagen scheint der für die gesamte Planperiode 1961—1968 veranschlagte Zuwachs noch nicht einmal auszureichen, um den Rückgang im realen Pro-Kopf-Einkommen 1957—1960 wieder aufzuholen.

Innerhalb des Gesamtprogramms hat die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Bekleidung Vorrang. Am Ende der Planperiode sollen je Einwohner jährlich 115 kg Reis und 15 m Stoff verfügbar sein im Vergleich zu 100 kg Reis und 6 m Stoff im Jahre 1960. Dieses Ziel soll durch erhöhte Produktion bei gleichzeitig sinkenden Einfuhren erreicht werden. Durch Ausdehnung der irrigierten Anbaufläche (vor allem nach Fertigstellung des Staudammes bei Djatiluhur in Westjava), bessere Saatwahl, höheren Kunstdüngerverbrauch und ähnliche Maßnahmen hofft man, die Reiserträge so zu steigern, daß ab 1967 bei ausreichender Eigenversorgung noch 1,7 Mill. t jährlich ausgeführt werden können. Auf dem Textilsektor wird Unabhängigkeit von Stoffimporten und sinkende Rohstoffeinfuhr erstrebt.

Außerhalb des Konsumgütersektors ist der Aufbau einer Schwerindustrie und chemischen Grundindustrie von besonderer Bedeutung. Ferner sind umfangreiche Produktionserweiterungen im Bergbau, vor allem bei Erdöl, Kohle und Bauxit, vorgesehen. In der Landwirtschaft hat die exportwichtige Kautschuk- und Kopraserzeugung Vorrang. Dabei ist wichtig, daß die Eigenverarbeitung der Rohstoffe gefördert werden soll, um höhere Exporterlöse zu erzielen und mehr Mittel für die Einfuhr von Kapitalgütern freizusetzen. Schwerpunkt der Verkehrs- und Transportplanung und zugleich wichtige Voraussetzung für intensivere interregionale Beziehungen sind der Ausbau der interinsularen Schifffahrt, die Erweiterung des Straßennetzes in den Außengebieten und die Modernisierung des Post-, Telefon- und Telegraphennetzes.

Für die Finanzierung des Planes wurden insgesamt 240 Mrd. Rp (rund 5,3 Mrd. \$) veranschlagt. Diesem Betrag entspricht ein durchschnittlicher jährlicher Aufwand von 30 Mrd. Rp (0,7 Mrd. \$), der etwa 12% des geschätzten Volkseinkommens ausmacht und sich in seiner nominellen Höhe mit der Gesamtsumme der Mittel deckt, die seinerzeit für die Planperiode 1956—1960 vorgesehen waren. Seither ist aber die Kaufkraft der Rupiah beträchtlich gesunken, wodurch sich das reale Verhältnis der Ansätze des neuen Planes zum alten auf schätzungsweise 2,5 : 1 reduziert. Berücksichtigt man ferner die gegenüber 1956 viel niedrigere Startposition, so wird man allein vom Aufwand her keine sehr großen Fortschritte erwarten dürfen.

Dabei reichen die veranschlagten Kosten an die Grenze dessen, was gegenwärtig nur unter sehr großen Anstrengungen und bei äußerst günstigen Gegebenheiten von der indonesischen Volkswirtschaft für Entwicklungszwecke aufgebracht werden kann. Die Hälfte der benötigten Mittel soll in heimischer Währung bereitgestellt werden, und zwar insbesondere aus wachsenden Gewinnen der verstaatlichten Unternehmungen und Erlösen aus dem Verkauf von Konsum- und Kapitalgütern. Den Rest hofft man in Devisen aufzubringen, die zu 62% aus dem Warenexport und zu 38% aus Kapitalerlösen und Auslandsanleihen fließen sollen.

Mangelnde Voraussetzungen zur Realisierung der Planziele

Eine detaillierte Untersuchung der wirtschaftlichen Bedeutung, Koordinierung und Realisierungschancen der einzelnen Planvorhaben ist hier weder möglich noch zweckmäßig. Zu viele Faktoren wären zu berücksichtigen, deren weitverzweigte Wechselwirkungen schwer abzuschätzen sind. Die bekannten ökonomischen Größen isoliert zu behandeln, würde kein befriedigendes Ergebnis liefern, da sie von zahlreichen nichtökonomischen Einflüssen abhängen. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß viele Indonesier dazu neigen, Planung und Realisierung als kausale Vorgänge zu betrachten. Mag die führende Elite den Erfordernissen der Wirklichkeit auch zielbewußter und realistischer gegenüberstehen, so werden sich dennoch die Schwierigkeiten nur sehr langsam überwinden lassen, die aus dem verbreiteten Unverständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge innerhalb der nachgeordneten Organe resultieren. Kein noch so gut durchdachter Plan kann erfolgreich sein, wenn seine Realisierung nicht auf allen Stufen konsequent und verantwortungsvoll erstrebt wird.

Indonesien hat in den letzten Jahren große Anstrengungen gemacht, um das Bildungs- und Leistungsniveau der breiten Masse der Bevölkerung zu heben. Dabei galt es vor allem, die Versäumnisse der Vorkriegszeit aufzuholen. So gelang es, den Anteil der Elementarschüler an der Gesamtzahl der gleichaltrigen Kinder von 20% in 1939/40 auf mehr als 60% zu heben und den Prozentsatz der Analphabeten unter den Erwachsenen von 90% auf etwa 50% zu reduzieren. Auch die Zahl der höheren Schüler und Universi-

tätstudenten nahm ständig zu, blieb aber an der Bevölkerung gemessen zu gering. Dadurch fehlt es heute vor allem an berufserfahrenen Akademikern, Technikern und Verwaltungskräften. Nach einer Meldung der Indonesischen Nationalen Presseagentur „Antara“ vom 5. Mai 1960 gab es im vorigen Jahr nur 659 Diplom-Ingenieure, 176 Agronomen, 200 Volkswirte, 803 Juristen und 219 Sozialwissenschaftler neben einer gleichfalls viel zu kleinen Zahl von Medizinern, Pädagogen und sonstigen Akademikern. Besonders in der öffentlichen Verwaltung macht sich der Mangel an fachlichem und organisatorischem Können störend bemerkbar. Nur sehr wenige Indonesier hatten schon während der Kolonialzeit Zugang zu Verwaltungsstellen. Die meisten Beamten konnten erst in den letzten Jahren berufliche Erfahrungen sammeln. Oft müssen schon Studenten verantwortungsvolle Posten füllen. Wer qualifiziert ist, ist mit Arbeit überlastet. Zu viele Beamte sind aber ihren Aufgaben nicht gewachsen und hemmen den gesamten Arbeitsablauf. Bei fehlender Konkurrenz und weitgehendem Entlassungsschutz finden Leistungswillen und Verantwortungsfreudigkeit wenig Anreiz.

Ein weiteres Hindernis für eine erfolgreiche Durchführung der Planvorhaben ist der Mangel an privater Initiative und unternehmerischer Erfahrung im gewerblichen und kommerziellen Bereich. Die gegenwärtige Form der staatlichen Wirtschaftspolitik scheint wenig geeignet, diese Situation zu verbessern. Statt dem vorhandenen Potential von Kleingewerbetreibenden und Händlern Anreiz zu echter unternehmerischer Leistung zu bieten, verleitet das verzweigte System der Wirtschaftskontrollen nur zu leicht zu illegalen und spekulativen Praktiken. Auch der Versuch, das „gotong-rojong“ Ideal in der modernen Wirtschaft anzuwenden, muß fortschritthemmend wirken, denn es bekämpft gerade die Kräfte, die individuelles Streben, Eigenverantwortung und Wagemut bedingen. Diese Situation zwingt den Staat, selbst zunehmend als Unternehmer zu fungieren, und birgt so die Gefahr, daß unzumutbare Organisations- und Verwaltungspraktiken auch in der produktiven Wirtschaft die Effizienz vermindern. Vor allem verhindert aber der Mangel an privater Initiative, daß neben den staatlich geförderten Großprojekten genügend leistungsstarke Mittel- und Kleinbetriebe entstehen, von deren integrierenden Funktionen das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung und damit die Realisierung der Planziele entscheidend abhängt.

Auslandshilfe

Ausländischen Privatunternehmungen bieten sich gegenwärtig kaum Möglichkeiten, solche Lücken im betrieblichen Aufbau der indonesischen Wirtschaft zu füllen. Aus Furcht, die nationale Integrität zu gefährden, sind ausländische Direktinvestitionen der Regierung zur Zeit unerwünscht. Die Nachfrage nach Auslandskapital richtet sich deshalb vornehmlich auf öffentliche Kredite zu günstigen Konditionen, wie sie von westlicher und östlicher Seite angeboten werden.

Unter den westlichen Ländern haben sich vor allem die USA seit Kriegsende ständig um Indonesiens Wirtschaftsentwicklung bemüht. Aus indonesischen Quellen geht hervor, daß die Gesamtsumme der von den USA erhaltenen Mittel schon 1959 eine Höhe von rund 485 Mill. \$ erreicht hatte. Davon waren 178 Mill. \$ nichtrückzahlbare Zuwendungen. Seither hat die Hilfstätigkeit der USA weiter zugenommen. Einschließlich der Hilfe britischer Commonwealth-Staaten und der Kreditabkommen mit westeuropäischen Ländern, auf Grund derer Indonesien bereits bis 1958 Mittel im Werte von etwa 150 Mill. \$ zuzuflossen, dürfte der Gesamtbeitrag des Westens noch immer weit höher als der des Ostens sein, dessen Aktivität in den letzten Jahren spontan gestiegen ist.

Die Kredithilfe des Sowjetblocks beträgt bisher etwa 550 Mill. \$, doch befinden sich viele der geförderten Projekte noch im Vorbereitungsstadium. Bedeutendster Kontrahent ist die Sowjetunion, deren Anfang vergangenen Jahres gewährte Anleihe von 250 Mill. \$ vor allem die Durchführung bestimmter industrieller Planvorhaben ermöglichen soll. Trotz der erst kurze Zeit währenden Verbindung war die Tätigkeit der kommunistischen Länder dennoch relativ erfolgreich, gemessen an den Bemühungen des Westens. Ihre Hilfsmaßnahmen sind alle zweckgebunden, gut koordiniert und richten sich vor allem auf solche Objekte, die propagandistisch wirksam sind.

Während sich beispielsweise die Sowjetunion zum großen Teil darauf konzentriert, den Aufbau industrieller Großunternehmungen und der Atomwirtschaft zu finanzieren, streben die Maßnahmen der USA mehr danach, die Infrastruktur, die landwirtschaftliche Produktivität, die Konsumgüterversorgung und das Erziehungs- und Gesundheitswesen zu verbessern, um so der Gesamtentwicklung eine festere Basis zu geben. Es liegt auf der Hand, daß Vorhaben, deren Erfolg vorwiegend vom menschlichen Verhalten abhängt und deren produktiver Beitrag sich nur schwer messen läßt, einen geringeren werbenden Effekt haben.

Der Westen sollte aber trotzdem dieser wichtigen Form der Wirtschaftshilfe weiterhin Vorrang geben, da sie auf lange Sicht am besten geeignet ist, die Entwicklung in Indonesien im Sinne der freien Welt zu beeinflussen. Dabei wird es aber nötig sein, die verschiedenen nationalen Vorhaben zu koordinieren und nach gleichen Grundsätzen auszurichten. Wichtig ist auch, daß Aufbau- und Entwicklungskredite stets mit technischer Beratung verbunden werden, damit eine zweckmäßige Verwendung der Mittel garantiert wird. Dafür ist ein Stab fachlich und menschlich qualifizierter Experten nötig, der über genügend Landeskenntnisse verfügt und dessen Ratschläge die besonderen Bedingungen und Schwierigkeiten der indonesischen Situation verständnisvoll berücksichtigt. Nur so wird man zwischen Gebern und Empfängern eine Basis gegenseitigen Vertrauens schaffen, die letztlich für den Erfolg der Hilfsmaßnahmen und die künftige wirtschaftliche und politische Entwicklung in Indonesien entscheidend ist.